

Linke: US-Beschäftigte nicht vergessen

Hanau (pm/mkl). „Wenn Oberbürgermeister Kaminsky fordert, dass die zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) für den Verkauf und die Verwertung der Konversionsflächen nicht nur monetäre Gesichtspunkte in Betracht ziehen darf, dann bekommt er unsere Unterstützung“, so Jochen Dohn von der Fraktion Die Linke. Dohn fordert weiter: „Aber die Politik darf nicht nur an die frei werdenden Flächen und Gebäude denken, auch die Zukunft der Beschäftigten muss im Blickpunkt bleiben. Der baldige Abzug der US-Army lässt bei vielen eine unsichere Zukunft zurück.“ Der Abzug der US-Army bedeute das Ende für mehr als 300 zivile deutsche Angestellte, die bei der US-Army angestellt sind. Hinzu kämen rund 300 Mitarbeiter bei den zivilen Sicherheitsdiensten. Diese wurden vor allem beim Objektschutz an den Kasernenorten eingesetzt. Zudem werde geschätzt, dass weiter rund 1000 Arbeitsplätze indirekt von den US-Truppen abhängen. Nach Ansicht der Linken wäre es notwendig gewesen, bei dem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Raabe auch die Zukunft der Beschäftigten zu thematisieren. Die Bundesregierung habe dafür Sorge zu tragen, dass die Beschäftigten aufgefangen werden und die Flächen sowie Gebäude nicht in die Hände von Finanzspekulantenteilen.

HA: Mo. 30.07. 2007